

P/XVIII/80

Bonn, den 26. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	<u>Freimitig und offen</u>	114
	Stimme des neuen Deutschland - Zu Willy Brandts Frankreichreise Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris	
2a	<u>Im Gedenken der Opfer des Warschauer Gettos</u>	30
	Max Brauer vertrat die SPD	
2b	<u>Die Sorge um Europa</u>	44
	Nach der ersten Lesung zum deutsch-französischen Abkommen	
3	<u>Solide Arbeit</u>	30
	Die sozialdemokratischen Steuerschätzungen von 1961 sind genau gewesen	
4 - 5	<u>Ein Schatten der Vergangenheit</u>	71
	Bemerkungen zum Fall Dr. Harster	
6	<u>Im Kreuzverhör</u>	30
	Aus der Arbeit der Jungsozialisten	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Freimütig und offen

Stimme des neuen Deutschland - Zu Willy Brandts Frankreichreise
Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Die richtige politische Wertung des Besuchs von Willy Brandt in Paris ergibt sich aus den von mehreren Seiten gemachten aber mißglückten Versuch, dem "Regierenden von Berlin" Erklärungen in den Mund zu legen, die er nicht abgegeben hat. Falsch ist zum Beispiel auch die in deutschen Zeitungen verbreitete Behauptung, Willy Brandt hätte den deutsch-französischen Vertrag ohne Reserve gut geheißt. Richtig ist, daß Willy Brandt in allen seinen Erklärungen darauf hingewiesen hat, er betrachte die deutsch-französische Aussöhnung als einen der Eckpfeiler der europäischen Politik, wobei er stets hinzufügte, der Vertrag dürfe die anderen von der Bundesrepublik eingegangenen Verträge nicht stören oder blockieren. Ausdrücklich nahm Willy Brandt hierbei mehrfach auf den Vertrag von Rom und das Atlantische Bündnis Bezug, deren Bedeutung er stets in den Mittelpunkt aller Bemerkungen über die Politik der westlichen Allianz stellte.

Um jeder gewollten oder ungewollten falschen Interpretation die Spitze abzubrechen, hat Willy Brandt am Freitag, dem letzten Tag seines Paris-Aufenthalts, noch einmal betont:

- * "Alle Deutschen sind von der entscheidenden Rolle und Notwendigkeit der freundschaftlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit unserer beiden Länder überzeugt. Sie wollen aber, daß sich der Vertrag im Interesse der westlichen Welt und Europas in die weitergehenden Verträge einfügt."

Bei einer anderen Gelegenheit stellte Willy Brandt fest,

- * "Wir hoffen, daß der Vertrag uns nicht mit anderen von uns eingegangenen Verpflichtungen und Verträgen in Konflikt bringt."

Es ist interessant, daß fast alle französischen Zeitungen diese Bemerkungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ohne Vorbehalt veröffentlicht haben. In politischen Kreisen der französischen Hauptstadt und auch in der unmittelbaren Umgebung des Staatspräsidenten de Gaulle wird mit Genugtuung vermerkt, daß Willy Brandt auch gegenüber de Gaulle selbst diesen Standpunkt freimütig vertreten hat, so daß nicht der geringste Zweifel darüber besteht, in welcher Zusammenhang Willy Brandt den deutsch-französischen Vertrag gestellt wissen will. Er betrachtet ihn also nicht als eine Sache für sich, sondern als Teil eines großen, den gesamten freien Westen umfassenden Akt der Solidarität.

In diesen Rahmen stellte Willy Brandt auch einige hier in Paris als Mahnung an die offizielle französische Politik aufgefaßte Gedanken. Von mehreren ehemaligen französischen Ministerpräsidenten und Abgeordneten aller Parteien erklärte Willy Brandt wörtlich:

- * "Gespräche mit der Sowjetunion waren vor dem 13. August 1961 abgelehnt worden. Danach begannen sie wieder. Diese Erfahrung zeigt mir, daß eigene Starrheit wirkungslos bleibt, wenn sie den Gegner nicht daran hindert, seinerseits vollendete Tatsachen zu schaffen." ... "Mit den Sowjets nicht zu sprechen, zwingt diese nicht zum Nichtstun."

26. April 1963

Ganz offensichtlich um gewisse Meinungsverschiedenheiten und Eigenwilligkeiten des einen oder anderen Alliierten überwinden zu helfen, erklärte Willy Brandt bei der gleichen Gelegenheit:

"Lassen Sie mich in Freimut sagen, daß westliche Einheit unserer Stadt Berlin hilft, und daß westliche Uneinigkeit ihr schadet. Es kann keine Stadt geben, in der man glühender den Zusammenschluß des freien Europa wünscht, als in Berlin. Dort erlebt man jeden Tag, was die vom Osten aufgezwungene Spaltung bedeutet. Dort empfindet man aber auch, daß es wichtige Dinge gibt, als Rivalitäten im westlichen Lager. In Berlin, wie überall in Deutschland, freuen wir uns aufrichtig über das große Werk der Aussöhnung mit unserem französischen Nachbarvolk. Aber wir sehen es so, daß diese Aussöhnung kein Selbstzweck sein darf, sondern daß sie für das ganze Europa nutzbar gemacht und daß sie der gesamten westlichen Gemeinschaft zusätzliche Energien zuführen muß."

Es dürfte bisher nicht viele deutsche Politiker gegeben haben, die hier in Paris so freimütig jene Probleme ansprachen, die nun einmal - und besonders seit de Gaulle Staatspräsident ist - die westliche Welt bewegen. Die französische Presse honoriert diesen Freimut Willy Brandts, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als messe sie den zitierten Erklärungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin mehr Bedeutung zu, als jenen vielen, oft recht substanzlosen Komplimenten, die man sich schon bei anderen Gelegenheiten in Paris und Bonn gemacht hat.

* * *

Das Auftreten Willy Brandts in Paris wird jetzt, zum Abschluß seines Aufenthaltes in der französischen Hauptstadt, noch mehr als zu Beginn als ein politisches Ereignis erster Ordnung beachtet. Zweifellos trägt dazu die Offenheit bei, die der "Regierende" in allen seinen Gesprächen, Interviews und Pressekonferenzen an den Tag legte. Man hat sich von der unbeirrbar und in jeder Situation spürbaren Aufrichtigkeit dieses Mannes überzeugt und reißt ihn mit großer Selbstverständlichkeit, auch in seiner Eigenschaft als Kanzlerkandidat der SPD, in die Gruppe jener europäischen Politiker ein, die der deutschen Politik einen neuen Stil geben werden oder schon gegeben haben.

Es ist überhaupt bemerkenswert, wie sehr das politische Paris in zunehmendem Maße erwartet, daß die deutsche Politik mit neuen Ideen die Lösung der europäischen Probleme befruchtet. So begnügt man sich französischerseits in Gesprächen mit Willy Brandt keineswegs mit schon allzuoft gehörten Redewendungen. Die Bemerkung Brandts, eine tragbare dauernde Zwischenlösung für Berlin sei nicht denkbar, vielmehr müsse die Lösung des Berlin- und Deutschlandsproblems erfolgen, wurde stark beachtet. So deutlich wie Willy Brandt haben bisher wenige deutsche Politiker in Paris die Gesamtverantwortung der westlichen Welt für die Überwindung der Spaltung Europas in Freiheit und Frieden dargestellt. Sicher bringt Willy Brandt für die Übernahme gerade dieser Aufgabe vieles mit, was dieser oder jener, den Franzosen seit Kriegsende schon familiär gewordene deutsche Politiker eben nicht mitbringen kann. Es genügt, wenn Willy Brandt bei der Ausstellung im Louvre beiläufig sagt, er habe schon einmal illegal als Verfolgter des Hitler-Regimes den Louvre besucht. Sofort stellt jeder Hitler-Gegner in Frankreich sich auf eine

Stufe mit Willy Brandt und spricht infolgedessen mit ihm die gleiche politische Sprache.

Natürlich hat es auch nicht an Versuchen gefehlt, Willy Brandt in einen Gegensatz zu Vorbehalten der deutschen Sozialdemokratie gegenüber einer kritiklosen Beurteilung des deutsch-französischen Verhältnisses zu veranlassen. Aber sehr bald sind alle Versuche dieser Art gescheitert. Noch vor dem "Cercle d'Opinion" hat Berlins Regierender Bürgermeister eindringlich vor der Gefahr von Rivalitäten im westlichen Lager gewarnt. Dieser Hinweis ist sehr gut verstanden worden und wird sicher im weiteren Verlauf der deutsch-französischen Gespräche eine entscheidende Rolle spielen.

* * *

Im ganzen darf gesagt werden, daß der Besuch Willy Brandts in Paris und besonders die Aufnahme, die seine Argumente in der französischen Öffentlichkeit gefunden haben, das deutsch-französische Verhältnis festigen werden. Die französische Öffentlichkeit, aber auch das offizielle Frankreich wissen jetzt, wie der kommende Mann Deutschlands denkt, und sie wissen auch - darüber hat Willy Brandt in Paris keinen Zweifel gelassen - daß die Mehrheit des deutschen Volkes die große westliche Gemeinschaft zusammen mit dem französischen Volk anstrebt.

+ + +

Im Gedenken der Opfer des Warschauer Gettos

Max Brauer vertrat die SPD

In einer vom Jüdischen Arbeiter-Committee in New York veranstalteten Massengedächtnis-Kundgebung für die Opfer des Warschauer Gettos nahm als Vertreter des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Max Brauer Gelegenheit, des heroischen Widerstandes der Kämpfer des Warschauer Gettos vor 20 Jahren zu gedenken. Brauer sagte, daß der 19. April in der Geschichte weiterleben werde als ein Symbol des menschlichen Geistes, der niemals unterdrückt werden kann durch rohe und verbrecherische Gewalten. Brauer erinnerte auch daran, daß nicht nur die Juden Opfer Hitlers gewesen sind, sondern auch Zehntausende von Sozialdemokraten in den Wahnsinnsjahren nach 1933 zu Tode gemartert wurden.

Der Vorsitzende des National Executive Committees des Jüdischen Arbeiter-Committees, gab seinem großen Erstaunen darüber Ausdruck, daß heute noch in der Adenauer-Regierung ein Mann sitzt, der an den Nürnberger Rassegesetzen führend beteiligt gewesen sei. Solange hier keine Änderung eintrete, können die Bücher über die Nazi-Greuelthaten nicht abgeschlossen werden. Er protestierte ebenfalls schärfstens dagegen, daß auch heute noch Richter, die an den Bluturteilen mitgearbeitet haben, in Amt und Würden sind. Die Situation sei nicht besser in dem Deutschland des Herrn Ulbricht. Dort sitzen viele prominente ehemalige Nazis führend in Stellen und betätigen sich als Handlanger der Sowjets.

Botschaften des Präsidenten Kennedy, des Justizministers Robert Kennedy, des Vizepräsidenten Johnson, der Sozialistischen Internationale, der Britischen Arbeiterpartei und vieler anderer wurden verlesen.

+ + +

Die Sorge um Europa

Nach der ersten Lesung zum deutsch-französischen Abkommen

sp - An großen, starken und auch bewegenden Worten hat es bei der ersten Lesung des deutsch-französischen Abkommens im Bundestag nicht gefehlt. Ob die Annahme des Vertrages wirklich den Rang eines säkularen Ereignisses bekommt, wird wohl dem Urteil der Geschichte überlassen bleiben müssen. Zunächst haben sich die zuständigen Ausschüsse mit dem Studium des Vertragstextes zu befassen, und es wird sehr darauf ankommen, daß der Geist dieser ersten Debatte einen alle Zweifel ausschaltenden Niederschlag in der vorgesehenen, dem Vertrag beizufügenden, seinen Unterzeichner verpflichteten Präambel findet. Das dürfte an sich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten. Die Befestigung der deutsch-französischen Freundschaft steht außerhalb jeder Diskussion, sie ist überdies nicht allein das Werk von de Gaulle und dem scheidenden Bundeskanzler Adenauer, die besten Geister beider Völker haben dazu vorher die Grundlage gelegt und sie fanden dabei nicht immer den Beifall ihrer Zeitgenossen. Wie wurde, um nur einen Mann zu nennen, ein August Bebel einst verleumdet, als Verräter an seiner Nation in den Schmutz gezogen, nur weil er wagte, das auszusprechen, was heute unumstrittenes Gemeingut aller guten Europäer ist.

Die Sorge um die zukünftige Entwicklung in Europa bestimmte den Tenor der Rede des Sprechers der parlamentarischen Opposition, Herbert Wehner. Wird der deutsch-französische Vertrag Hemmnis oder Anstoß für den weiteren Weg zur europäischen Einigung sein? Es gab niemanden im Bundestag, der in diesem Vertragswerk einen Selbstzweck sah, gewissermaßen eine Endstation. Die Sicherheit beider Völker ruht nicht im gegenseitigen Bündnis, mag es auch noch so umfassend sein. Deutsche und Franzosen allein können nicht jenen Damm gegen den Kommunismus errichten, von dem Adenauer sprach, dazu bedarf es schon der ganzen Kraft der Atlantischen Gemeinschaft und eines Europa, das sich abwendet von jeder Art Nationalismus.

Wiederum blieb es den sozialdemokratischen Sprechern Wehner und Birkelbach vorbehalten, die Frage nach den möglichen Auswirkungen des Vertrages auf die schon bestehenden Verträge und der aus ihnen entwickelten europäischen Gemeinschaften zu stellen - eine Frage, die den Kern des europäischen Zusammenhalts und das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten berührt. Hier hat das zeitliche Zusammentreffen zwischen de Gaulles Nein zum Beitritt Großbritanniens zur EWG und der Verkündung des deutsch-französischen Abkommens Zweifel ausgelöst und Mißtrauen erweckt. Die so verheißungsvolle Entwicklung zu einem größeren Europa hin kam zum Stillstand, und niemand vermag heute zu sagen, wie es weiter gehen soll. Die erste Lösung zum deutsch-französischen Abkommen im Bundestag ist insofern ein Gewinn, als vor aller Welt offenbar wurde, daß nach dem Willen des deutschen Volkes die deutsch-französische Zusammenarbeit untergeordnet sein muß den höheren Zielsetzungen, wie sie durch die Römischen Verträge und durch die NATO gegeben sind. Die dafür rechtlich verbindliche Form zu finden, obliegt nun den Beratungen in den Parlamentsausschüssen.

Solide Arbeit

Die sozialdemokratischen Steuerschätzungen von 1961 sind genau gewesen

H.B. - Hohn und Spott hatten die Gegner der Sozialdemokratie für das sozialdemokratische Regierungsprogramm parat, als es am 28. April 1961, also vor genau zwei Jahren, von Berlins Regierendem Bürgermeister und Kanzler-Kandidaten Willy Brandt verkündet wurde. Was die Sozialdemokratische Regierungsmannschaft fordere, so hieß es damals, sei mit den finanz- und steuerpolitischen Realitäten niemals in Einklang zu bringen. So hörte man es nicht nur von der CDU/CSU, sondern auch vom Deutschen Industrie-Institut in Köln, und einige Ministerialbeamte waren versucht, in ein ähnliches Horn zu blasen.

Dr. h.c. Alex Möller, einer der führenden Köpfe der deutschen Assekuranz und Mitglied von Willy Brandts Regierungsmannschaft, rechnete damals den Gegnern des sozialdemokratischen Regierungsprogramms vor, daß die Bundesrepublik in den Jahren 1961, 1962 und 1963 Steuereinnahmen von rund 256,5 Milliarden Mark haben werde. Mit diesen voraussichtlichen Einnahmen lasse sich all das finanzieren, was die SPD für den Fall der Regierungsübernahme in Aussicht gestellt habe. Klipp und klar hatte Dr. Möller das damals erklärt, aber auch daran fanden die politischen Gegner und die ihnen nahestehenden industriellen und publizistischen Kreise noch viel heranzumäkeln.

Genau zwei Jahre später, am 23. April 1963, stand Dr. Alex Möller vor der Bundestagsfraktion der SPD und konnte seinen 202 Kollegen erklären: Das Ist-Ergebnis der Steuereinnahmen der Jahre 1961 und 1962 und die jüngste Schätzung des Bundesfinanzministeriums für das Jahr 1963 belaufen sich auf genau 256,8 Milliarden DM, also noch auf 300 Millionen Mark mehr als die SPD vor drei Jahren geschätzt habe.

Damit ist einmal mehr die Haltlosigkeit der vor den Wahlen gegen die finanzielle Grundlage des Regierungsprogramms vorgebrachten Angriffe erwiesen.

Alles im allem: Die Sozialdemokratie, der nicht die gewaltige Maschinerie der Ministerien zur Verfügung steht, hat bei der Ausarbeitung ihres Regierungsprogramms im Jahre 1961 sorgfältige, solide Arbeit geleistet, eine Arbeit, die zwei Jahre später regierungsamtlich bestätigt wurde. Es steht wohl außer Zweifel, daß die Sozialdemokraten auch ihr Regierungsprogramm für die Jahre nach 1965, also nach den nächsten Bundestagswahlen, genau so seriös und solide aufstellen werden. Das muß besonders in einer Zeit herausgestellt werden, da deutlich geworden ist, daß der von CDU/CSU und FDP zu verantwortende Bundeshaushalt 1963 schon vor seiner Verabschiedung in buchstäblich keiner Ecke mehr stimmt.

Ein Schatten der Vergangenheit

Rw. - Schon Christian Morgenstern sagte vor vor Zeiten recht poetisch, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Natürlich darf es nicht sein, daß etwa ein schuldbeladener Gestapobeamter in Bayern Oberregierungsrat wird. Und da es nicht sein darf, war es denn auch gar nicht so. Der Ton und die Argumente des bayerischen Innenministers Junker waren deshalb darauf ausgerichtet, nachzuweisen, daß dieser Leiter der Gestapo in Holland so ziemlich alle Holländer, vor allem der Widerstandsbewegung zu persönlichen Freunden oder zumindest als Persilscheinlieferanten zur Verfügung hatte und aus seinem früheren Wirkungsbereich im großdeutsch gewordenen Tirol sogar Weihbischöfe der Katholischen Kirche kannte, die für ihn "Empfehlungen" zu seiner Wiedereinstellung in die politische Verwaltung Bayerns abgaben.

Der geheimnisvolle Offizier der holländischen Armee, der angeblich günstig für Dr. Harster aussagte, hat sich prompt gemeldet und festgestellt, er habe nur eine allgemeine Beurteilung deutscher Persönlichkeiten abgegeben und könne sich an Dr. Harster nicht erinnern. Gemeldet hat sich auch der zitierte Weihbischof und Generalvikar von Feldkirch in Vorarlberg, Wechner, und ein Tiroler Landrat.

Hierbei ist eine deutliche und betonte Akzentverschiebung festzustellen. Der Weihbischof sagt sehr nachdrücklich, seine Äußerung, als er vor Jahren nach Dr. Harster gefragt wurde, habe nicht den Sinn einer Empfehlung gehabt. Er habe lediglich gesagt und bestätige dies, daß Dr. Harster sich "soweit kirchliche Belange infrage gestanden hätten, im Vergleich zu anderen Gestapofunktionären relativ maßvoll verhalten habe." Es geht also nicht um gut getarnte Widerstandshandlungen oder etwa um besonders auffällig menschliches Verhalten, sondern um relatives Maßhalten im unmittelbaren Vergleich zu anderen Gestapokollegen. Das kann menschliche, das kann auch religiöse Gründe haben.

Unter der Hand erfährt man noch, Harster sei sogar mit politischen Gefangenen "ordentlich" umgegangen. Was dann später mit diesen Gefangenen geschah, das ging natürlich den SS-Fridageführer aus dem Jahre 1938 nichts weiter an. Dafür gab es andere Instanzen und Männer, vor allem nach Ausbruch des Krieges, in Holland beispielsweise. Es war alles wohl geregelt im Dritten Reich. Da gab es Unternehmen, die die Blausäure lieferten und Menschen, die wußten, wie man damit umgeht. Noch andere pflanzten und setzten die Krematorien in Betrieb. Noch andere waren einfache Transportfachleute, wie Eichmann. Ohne dem Verfahren in Wien vorzugrei-

fen, muß immerhin gesagt werden, daß die Vermutung besteht, der Herr Raja aus Mailand alias Rajakowitsch habe zu diesem Transportteam eben in Holland gehört. Jedenfalls war er aus dieser Zeit und in diesem Land mit Dr. Harster gut bekannt. Als dies nun ruchbar wurde, erklärte Harster, er habe mit Raja-Rajakowitsch, wenn dieser auf Geschäftsreisen durch München kam, lediglich dann und wann eine Tasse Kaffee getrunken.

Raja-Rajakowitsch tauchte nach dem Krieg als Kaufmann Enrico Raja in Mailand unter. Dr. Harster dagegen bewarb sich aufgrund des 131er Gesetzes um Wiedereinstellung als Beamter und wurde mit der Jahren Oberregierungsrat in der politischen Verwaltung Oberbayerns. Womit wieder einmal die Vergangenheit bewältigt wurde, von Dr. Harster zumindest. Seinem Rückzug in den Krankenstand, aus rein medizinischen Gründen, versichert Innenminister Junker, wird eine baldigen Genesung sicherlich förderlich sein.

Es verbleibt die deutsche Bundesrepublik, für die die Bewältigung der Vergangenheit sichtlich schwieriger ist, zumal, wenn so viele Persilscheine vorliegen. Das Urteil des holländischen Gerichts galt und gilt natürlich nicht, da man diese Gerichte nach dem Kriege bei uns nicht anerkennt. Sie erscheinen in keinem Leumundszeugnis.

Wie aber kommt man zu Persilscheinern? Mitläufer haben sich nach dem Krieg persönlich darum bemühen müssen. Bei einem Gestapobeamten im Range eines SS-Bridgeführers bemüht sich die Behörde selbst. Die Zeugen aus Tirol sagen nämlich in ihren Erklärungen, sie seien anlässlich eines Bassionspiels in Tirol von einem bayerischen Beamten über Dr. Harster befragt worden. Daraus wurde vermutlich eine Aktennotiz, die zu der immerhin interessanten Akzentverschiebung von der Bemerkung über relativ maßvolles Verhalten in kirchlichen Angelegenheiten zur "Empfehlung" führte.

Was aber offenbar überhaupt nicht erwogen wurde, als Dr. Harster als Spätestheimkehrer amnestiebegünstigt in die bayerische Verwaltung heimkehrte, das ist die ganz schlichte Frage, ob die Bundesrepublik es sich politisch leisten kann, einen Mann, der derartige leitende Funktionen in einem von Hitler überfallenen und besetzten Lande ausübte, wieder in ihre Verwaltung aufzunehmen. Man darf diese Frage wohl auch dann verneinen, wenn dem Dr. Harster kein unmittelbar definierbares Verbrechen nach deutschem Recht zur Last gelegt wird. Schon die persönliche Verbindung zu seinem alten Freund Raja-Rajakowitsch, von dem er zu mindest wissen mußte, daß er aus naheliegenden Gründen seinen Namen geändert hatte, disqualifizierte ihn als Beamten einer demokratischen Republik.

Im Kreuzverhör

Aus der Arbeit der Jungsozialisten

H.S. - Die Jungsozialisten trafen sich dieser Tage in Frankfurt, um einmal ihre Arbeit in den deutschen Großstädten einer gründlichen Kontrolle zu unterziehen. So trafen sich 40 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften in großen Städten zu einem Erfahrungsaustausch.

Es war dringend notwendig. Denn - das wurde vom Bundessekretariat zugegeben - konnte in letzter Zeit eine Steigerung der JS-Gruppen in ländlichen Gegenden beobachtet werden, während in den Großstädten ein gewisser Stillstand zu verzeichnen war. Das soll nach Frankfurt wieder besser werden.

Jeder der Teilnehmer gab eine Übersicht über seine Arbeit und wurde gebeten, besondere Modellfälle positiver und negativer Veranstaltungen aufzuzeigen. Nach seinem Bericht nahmen ihn die "Großstadt-Kollegen" in ein Kreuzverhör, um sich die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zu erfragen.

Die Großstädter haben viele Möglichkeiten zur Unterhaltung, zum Lernen, zur Beschäftigung. Die Unterhaltungsindustrie bemüht sich vielerorts nicht ohne Erfolg - besonders junge Menschen in ihren Bann zu ziehen. Die politischen Parteien haben es bisher nicht im erforderlichen Maße verstanden, überall attraktiv genug auf die junge Generation zu wirken. So sind bisher leider nicht genug jüngere Frauen und Männer aktiv in den Parteien tätig. In der Großstadtkonferenz der Jungsozialisten wurden Anregungen der verschiedensten Art gegeben, wie die Jugend zur verstärkten Mitarbeit herangezogen werden kann. Dabei konnten selbstverständlich keine Rezepte für jede einzelne Stadt verschrieben werden. Doch hatte - wie am Abschluß bestätigt wurde - jeder Teilnehmer Gelegenheit, das für seine Stadt Passende zu finden. In einigen Monaten soll die Aussprache fortgesetzt werden.

Es bleibt zu hoffen, daß diese Tagung dazu beigetragen hat, die Arbeit der Jungsozialisten in den Großstädten zu erweitern.